

(Abgeordneter Nitzsche [Deutsch].)

(A) muß er sich auch dazu bekennen, daß, nachdem die Vorbedingungen dafür gegeben sind, auch eine gewisse Gewähr gefordert wird, und das ist nur möglich auf dem Wege der Anbaupflicht.

Wir erjuchen die Regierung, daß sie nach wie vor diese uniere Forderung im Auge behält und daß sie eine Anbaupflicht einführt. Wir haben aus dem Munde des Herrn Regierungsvertrreters gehört, daß die Kartoffel für uns das beste Nahrungsmittel ist. Ich glaube kaum, daß sich jemand findet, der das ernstlich bestreiten wird, und wir haben auch die statistischen Zahlen und die geschichtlichen Darlegungen gehört. Aber alles das, auch die Erinnerung an Matthias Claudius und an Ludwig Richter wird uns in dieser Beziehung keinen Schritt vorwärts bringen. Es ist unbedingt notwendig, daß mit eisernem Willen ohne Rücksichtnahme vorgegangen wird. Ich fordere von der Regierung, daß sie in dieser Beziehung von ihrem bisherigen Standpunkte abgeht und im Interesse unserer ganzen Bevölkerung sich mit aller Entschiedenheit auf den Standpunkt stellt, daß die Anbaupflicht durchaus notwendig ist.

Nun möchte ich noch ganz kurz darauf hinweisen, daß man im kommenden Erntejahre nicht wieder dazu übergehen möchte, den Leuten, die Kartoffeln anbauen wollen, zu raten, Stecklinge zu verwenden. Die ganze Stecklingsangelegenheit hat sich jetzt als eine kostspielige Spielerei herausgestellt, die nur den Grund und Boden, der als Anbaufläche in Frage kam, in Anspruch genommen hat, die aber keinen besonderen Erfolg gehabt hat.

(B) Weiter möchte ich der Regierung anheimgeben, doch den Kartoffelerzeugern, vor allen Dingen den kleinen Leuten in den Großstädten, für diese Kartoffelerzeugung die Anbaufläche, die freigelassen ist, höher zu bemessen als auf 200 qm, weil der Boden, der dort in Frage kommt, ja nicht landwirtschaftlich kultiviert ist und lange nicht das Erträgnis hat, wie das bei gutem landwirtschaftlichen Boden der Fall ist.

Dann möchte ich zum Schluß nochmals darauf hinweisen, daß auch bezüglich der Kartoffelanbauflächenvergrößerung die Transportmittel eine außerordentliche Rolle spielen. Wenn nicht genügend Transportgelegenheit vorhanden ist, dann leidet die Verteilung darunter, und dann wird es sich auch bei einer vergrößerten Anbaufläche und einer weitaus besseren Kartoffelernte so ereignen, wie das an vielen Stellen der Fall gewesen ist, daß infolge der mangelhaften Transportgelegenheiten große Mengen Kartoffeln in die Brennereien wandern.

(Bravo!)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Lange (Leipzig).

**Abgeordneter Lange (Leipzig):** Meine Herren! (C) Wir stimmen mit dem Antrag in mancher Beziehung überein. Den Anbau der Kartoffel zu fördern, sind wir bereit, dieselbe große Bedeutung, die der Antragsteller dem Kartoffelanbau gegeben hat, erkennen wir an, wenn der Zweck, der angegeben ist, eine genügende Sicherstellung der menschlichen Ernährung zu schaffen, dabei in den Vordergrund gestellt wird. Nun hat der Vertreter der Königlichen Staatsregierung sich dieser Kartoffelanbaufrage von einem sehr weiten Gesichtspunkt aus genähert, über die U-Boote und über die Kartoffelpoesie ist er dann schließlich dazu gekommen, sich freundlich zu diesen Forderungen zu stellen. Wollte ich diesen Faden weiterspinnen, so müßte ich an die Zeit denken, wo das Schnaderhüpferl in München gesungen wurde: „Nun weiß ich doch, zu was die Kartoffel ist da, damit der arme Mann auch einen hat, dem er die Haut abziehen kann.“ Den Zweck erkenne ich an, aber die Mittel, die zu diesem Zwecke führen sollen, sucht der Antragsteller in einem höheren Mindestpreise, und das scheint mir des Pudels Kern im Antrag zu sein. — Wir würden bereit sein, diesen Antrag in Schlußberatung zu nehmen, aber die Begründung, hohe Mindestpreise und Anbauprämien, um den Kartoffelanbau zu fördern, scheint uns nicht der richtige Weg zu sein. Darum sind wir dafür, daß der Antrag im Ausschuß beraten wird. Auch die (D) Anbauprämie ist nur eine versteckte Zuwendung weiterer Mittel. Ob man 180 M. Prämie festsetzt oder ob man hohe Mindestpreise festsetzt, das ist dasselbe; im ersten Falle ist es der Staat, der es auf Kosten der Allgemeinheit zahlt, im zweiten Falle zahlen es die Käufer. Es wird behauptet, daß die Anbaufläche zu gering ist, aber die Zahlen, die Herr Kollege Andra gebraucht hat, täuschen. Es erscheint ein ständiger Rückgang, von 54 auf 24 Millionen Tonnen im Vorjahre und 33 Millionen Tonnen in diesem Jahre. Trotzdem steht fest, daß in diesem Jahre die Anbaufläche geringer ist wie im Vorjahre — um 10 Prozent —, besonders in Sachsen, und doch ist die Ernte um 7 Millionen Tonnen größer. Also die angegebenen Zahlen des Rückgangs der Anbaufläche allein bedingen nicht geringe Ernte, und die Höchstpreise sind es nicht, die uns dieses Jahr etwas mehr Kartoffeln gebracht haben, sondern die Witterung, die günstig gewesen ist. Mit Geld allein läßt sich die Sache nicht machen.

(Zuruf.)

Nein, Herr Kollege, das sind 7 Millionen Tonnen, nicht 7 Millionen Zentner, die mehr geerntet sind.

Den teilweisen Saatmangel erkennen wir an, sind auch bereit, dem Antrag insoweit zuzustimmen, daß die